
Ralf Ptak/Fabian Virchow

Gewerkschaften und die extreme Rechte in Zeiten des Neoliberalismus



Ralf Ptak, geb. 1960 in Kiel, Ausbildung zum Maschinenschlosser, Facharbeiter und Betriebsrat im Werkzeugmaschinenbau, danach Studium der Volkswirtschaftslehre und Sozialökonomie in Hamburg, ist zur Zeit Fachreferent beim Betriebsrat von VW Braunschweig und beendet seine Promotion „Entstehung und Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft als wirtschaftspolitische Konzeption des Ordoliberalismus“.



Fabian Virchow, geb. 1960 in Kiel, Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Hamburg, arbeitete von 1992 bis 1999 als Projektleiter in der Technologiestiftung Schleswig-Holstein, daneben Forschungs- und Publikationstätigkeit sowie Erwachsenenbildung zu Organisation und Ideologie der extremen Rechten. Er ist derzeit Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema „Die extreme Rechte und die Bundeswehr“.

In den vergangenen Jahren haben verschiedene sozialwissenschaftliche Studien gezeigt, dass die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft keine Barriere gegen völkisches, nationalistisches und autoritäres Denken bzw. gegenüber Sympathien für die organisierte extreme Rechte darstellt. Eine im Vorfeld der Bundestagswahlen im August 1998 vom Westdeutschen Rundfunk in Auftrag gegebene repräsentative Untersuchung ergab, dass sich 11 Prozent der DGB-Mitglieder vorstellen konnten, eine Partei der extremen Rechten zu wählen.¹ Bei den nicht-gewerkschaftlich organisierten Wahlberechtigten waren es mit 7 Prozent deutlich weniger. In der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre konnten sich sogar 32 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die Stimmabgabe zugunsten der *Deutschen Volkunion* (DVU), der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) oder der *Republikaner* (REP) vorstellen. Das sind knapp doppelt so viele wie bei den nicht gewerkschaftlich organisierten Jungwählern.

1 Infratest dimap/WDR, Das rechtsextreme Wählerpotential bei Gewerkschaftsmitgliedern, Köln 1998 (August), S. 5.

Bereits einige Zeit zuvor hatte ein Forscherteam der Universität Tübingen bei seiner Untersuchung politischer Orientierungen junger Arbeitnehmer festgestellt, dass gewerkschaftlich organisierte Jugendliche und junge Erwachsene stärker als ihre nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen Aussagen zustimmten, die dem Nationalsozialismus positive Aspekte wie die „Schaffung von Arbeitsplätzen“ und die „Herstellung von Ruhe und Ordnung“ zuweisen. Auch wurden in verstärktem Maße Migranten für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot verantwortlich gemacht und als Ursache für den relativen Wohlstand in der Bundesrepublik die „deutsche Tugenden“ Fleiß, Erfindergeist und Disziplin genannt.² Auf der Grundlage einer Sekundäranalyse verschiedener Datenerhebungen kommen Ahlheim und Heger ebenfalls zu dem Ergebnis, dass „die jungen westdeutschen Gewerkschafter eine besondere Anfälligkeit für fremdenfeindliche Parolen und Denkmuster“ haben. „Der Anteil fremdenfeindlich eingestellter Befragter fällt unter den 18- bis 25-jährigen Gewerkschaftsmitgliedern mit 29 Prozent bedeutend - und statistisch signifikant - höher aus als bei den gleichaltrigen Nichtmitgliedern (12 Prozent).“³ Zwar gehen die vorliegenden Untersuchungen hinsichtlich der Zustimmung älterer Gewerkschaftsmitglieder zu den abgefragten Items deutlich auseinander. Da aber auch die Wahlforschung der vergangenen Jahre den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten eine überdurchschnittliche Anfälligkeit gegenüber der extremen Rechten bestätigt hat - Stöss spricht in diesem Zusammenhang von einer „Proletarisierung des Rechtsextremismus“⁴ - , kann kaum von einem Jugendproblem gesprochen werden.⁵ Man kann es drehen und wenden wie man will, der Befund ist unangenehm, aber eindeutig: Ein signifikanter Teil der Mitgliedschaft sympathisiert mit rechtsextremen Ideologemen und ist bereit, eine Partei der extremen Rechten zu wählen.

Das ist schmerzlich für die Gewerkschaften, die vom Nationalsozialismus in besonderem Maße verfolgt und terrorisiert wurden⁶ und nicht zuletzt deshalb nach 1945 ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus abgelegt haben, das vor dem Hintergrund aktueller rechtsextremer Vorkommnisse immer wieder durch Beschlüsse auf verschiedensten Ebenen bestätigt wurde. Aber schon diese Programmatik fristete mehr ein Dasein als „Papiertiger“ denn als gelebte gewerkschaftliche Alltagskultur gegen Rassismus und Rechtsextremismus, abgesehen von so erfolgreichen Aktionen wie der Gelbe-Hand-Kampagne der DGB-Jugend oder einzelnen Initiativen in der Bildungsarbeit und auf der örtlichen Ebene. Erst in den neunziger Jahren kam es in Folge der Verschiebung der sozialen Basis des Rechtsextremismus zu einem gewissen Schub in der antifaschistischen Gewerkschaftsarbeit, vorangetrieben durch die Entwicklung neuer Bildungskonzepte, durch eine Vielzahl betrieblicher Vereinbarungen und eine kontinuierliche Beteiligung von Gewerkschaften an regionalen Bündnissen gegen

2 Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis, Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen, Tübingen 1994; Reinhard Hahn/Hans-Werner Horn, Eine neue rechte Jugend?, in: Frankfurter Rundschau vom 8.2.1997, S. 14.

3 Klaus Ahlheim/Bardo Heger, Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - empirische Befunde, Schwalbach 2000, S. 46. Die Analyse stützt sich im wesentlichen auf die Daten der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS), die vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. in Mannheim (ZUMA) und vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln in Kooperation mit dem ALLBUS-Ausschuß durchgeführt werden.

4 Interview mit Richard Stöss, in: Der Rechte Rand, Heft 67, Nov./Dez. 2000, S. 5.

5 Hier ist Dörre zu folgen, der im deutlichen Votum der Jugend eine Art Stellvertreterfunktion „für relevante Teile der Gewerkschaftsmitgliedschaft“ sieht. Klaus Dörre, Sehnsucht nach der alten Republik? Von der Schwierigkeit einer gewerkschaftlichen Politik gegen Rechtsextremismus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Das Gewalt-Dilemma, Frankfurt/M. 1994, S. 166-194, hier S. 183.

6 Eine neuere Studie und Dokumentation zu diesem Thema erschien jüngst von: Karl-Heinz Roth, Facetten des Terrors. Der Geheimdienst der Deutschen Arbeitsfront und die Zerstörung der Arbeiterbewegung 1933 bis 1938, Bremen 2000.

rechts. Diese Veränderung kommt auch in dem Schlussbericht der *Kommission Rechtsextremismus* beim DGB-Bundesvorstand zum Ausdruck, in dem gefordert wird, dass „die Gewerkschaften die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Denken und Handeln als eine strategische Zukunftsaufgabe begreifen“⁷ müssen. Nun gilt es, die Diskussion zu führen und mit dem vorliegenden Beitrag wollen wir uns daran beteiligen.

Die Meta-Botschaften des Neoliberalismus als gesellschaftspolitisches Leitbild

Die Diskrepanz zwischen gewerkschaftlicher Beschlusslage und dem bedrohlichen Potenzial für die extreme Rechte innerhalb der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft gewinnt ihre besondere Brisanz durch das im Zuge neoliberaler Modernisierungspolitik und Globalisierung veränderte wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Umfeld. Es spricht vieles dafür, dass der seit über 20 Jahren praktizierte neoliberale Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur den Übergang vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat durchgesetzt, sondern auch tief greifende ideologische Bewusstseinsveränderungen bewirkt hat, die rechtsextreme Einstellungen begünstigen. Denn entgegen einer vielfach vermittelten Darstellung ist der Neoliberalismus weder eine amerikanische Erfindung noch allein ein wirtschaftspolitisches Programm für mehr Markt und weniger Staat,⁸ sondern gerade auch ein auf Legitimation und Implementierung ausgerichtetes Herrschaftsprojekt im entwickelten Kapitalismus. Entstanden vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre hatten die liberalen Ökonomen erkannt, dass die Durchsetzung und Stabilisierung der marktwirtschaftlichen Prämissen einer gesellschaftspolitischen Flankierung bedarf - insbesondere in Hinblick auf die soziale Frage. Ging es in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem um die ideologische Verteidigung der freien Marktwirtschaft gegen die sozialistische Planwirtschaft und das britische wie skandinavische Konzept des Wohlfahrtsstaates, zielt die neoliberale Offensive der Gegenwart auf die Legitimation des Umbaus der fordistischen Nachkriegsformation zur weltumspannenden Marktgesellschaft.

Das Ziel des neoliberalen Projekts war und ist: kulturelle Hegemonie in allen Kernfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zu diesem Zweck hat das neoliberale Spektrum bereits seit den vierziger Jahren kleine, aber effiziente Beratungsnetzwerke in Wissenschaft, Politik und Wirtschaftsmedien aufgebaut. Ende der siebziger Jahre gelang der paradigmatische Durchbruch. Die Politikberatung in den wichtigsten kapitalistischen Ländern und Institutionen fiel in die Hände neoliberaler Think Tanks.⁹ Mit dem Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft dürfte es dann tatsächlich gelungen sein, dem neoliberalen Paradigma in Wirtschaft und Gesellschaft zumindest zeitweise zu ideologischer wie politischer Dominanz zu verhelfen.

Folgende Positionen sind dabei zu bestimmenden, mindestens aber einflussreichen Referenzpunkten in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik geworden, die auch bei der

7 DGB-Bundesvorstand, Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Berlin 2000 (Mai), S. 37.

8 Vgl. Ralf Ptak, *Ordoliberalismus - Zur Entwicklung des Neoliberalismus in Deutschland*, in: Werner Goldschmidt/Dieter Klein/Klaus Steinitz (Hrsg.), *Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive*, Heilbronn 2000, S. 194-212.

9 Vgl. für die britische Diskussion: Richard Cockett, *Thinking the unthinkable. Think-Tanks and the economic counter-revolution*, London 1994; Keith Dixon, *Die Evangelisten des Marktes*, Konstanz 2000; für die deutsche Diskussion: Dieter Plehwe, Ludwig Erhard's D-Mark. Kontinuitätslinien des Rechtsliberalismus, in: LAKS Hessen e.V. (Hrsg.), *50 Jahre Deutsche Mark*, Berlin 1998, S. 16-27.

individuellen Verarbeitung der sozioökonomischen Prozesse maßgeblichen Einfluss ausüben dürften. Man könnte sie als Meta-Botschaften des Neoliberalismus bezeichnen, die seine Wirkungsmacht im Alltagsdiskurs begründen:

- Die Ökonomie als über allem stehende Leitkultur der Gesellschaft, wobei es nur eine mögliche Organisationsform gibt: die Marktwirtschaft. Sie ist total nicht nur in ihrer Alternativlosigkeit, sondern auch in ihrer Anwendbarkeit, da praktisch alle gesellschaftlichen Prozesse als marktwirtschaftlich steuerbar gelten.
- Es zählt nur das, was unmittelbaren (ökonomischen) Nutzen bringt. Vor diesem Hintergrund wird jedes gesellschaftspolitische Ziel, das außerhalb der Marktverwertung liegt, zum „Kostenfaktor“ und damit zur Belastung der Gesellschaft.
- Die Möglichkeiten der Politik beschränken sich auf die Anpassung der gesellschaftlichen Strukturen an die Erfordernisse der Ökonomie. Politik kann Rahmenbedingungen setzen, aber nicht gestalten und schon gar nicht verändern.
- Die Dämonisierung des Staates als intervenierende wirtschafts- und sozialpolitische Institution bei gleichzeitigem Ausbau seiner repressiven Instrumente (der „schlanke Staat“ ist ein starker Staat!).
- Die Glorifizierung von Wettbewerb und Konkurrenz: Nur die Starken und Erfolgreichen können sich am Markt behaupten. Dazu braucht es „Tugenden“ wie Aggressivität, Siegerwillen und Durchsetzungsvermögen.
- Das Individuum ist alles, kollektive Strukturen sind nichts. Ein gesellschaftliches Mehrheitsinteresse ist ebenso wenig zu definieren wie soziale Gerechtigkeit. Gerechtigkeit wird durch die Ergebnisse des Marktes und nicht durch das bewusste Gestalten gesellschaftlicher Verhältnisse ausgeübt. Damit ist Ungleichheit eine „natürliche“ Voraussetzung in der Gesellschaft.
- Demokratische Kultur hat dort ihre Grenze, wo sie die Eigendynamik der Marktkräfte beschränkt. Der Einfluss von Parteien und Verbänden ist zugunsten von „verantwortungsbewussten Eliten“ zu beschneiden.
- Wirtschaftlicher Misserfolg, niedrige Einkommen und Armut sind auf Eigenverschulden zurückzuführen und deshalb Ausdruck mangelnder individueller Anpassungsfähigkeit an die Markterfordernisse.

Die extreme Rechte entdeckt die „soziale Frage“

Wo aber das ökonomische Eigeninteresse eine überbordende Betonung erfährt, wo materielle und soziale Sicherheit zur individuellen Angelegenheit verkommt, wo Ungleichheit als entscheidende Triebfeder des sozialen Fortschritts definiert und wo das „Recht des Stärkeren“ zur anerkannten Alltagshaltung wird, entsteht ein gesellschaftspolitisches Klima, das der extremen Rechten eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten bietet. Und tatsächlich sucht die extreme Rechte - nicht nur in Deutschland - unter diesen Bedingungen nach einer neuen Ausrichtung auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik.¹⁰ Diese Entwicklung stützt sich auf zwei, scheinbar widersprüchliche Tendenzen. „Der Aufstieg radikal rechtspopulistischer Formationen seit den achtziger Jahren“, schreibt Betz, „vollzog sich in diesem Span-

¹⁰ Vgl. Ralf Ptak, Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP - Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 97-145.

nungsfeld zwischen neoliberalistischer Offensive und antiliberaler Gegenbewegung.“¹¹ Anders gesagt: Die Formierung der extremen Rechten in Deutschland wie auch in Westeuropa vollzog sich in den vergangenen Jahren mit dem und zugleich auch gegen den hegemonialen Trend des Neoliberalismus.

Dabei beziehen sich Teile der extremen Rechten direkt auf zentrale Grundsätze der neoliberalen Theorie, um den eigenen Positionen den Anschein politischer Seriosität zu verleihen. Das gilt insbesondere für den Gedanken der (marktlichen) Selektion, der aus Hayeks Theorie der kulturellen Evolution abgeleitet wird, wie auch für die im Neoliberalismus vertretene These von der abendländischen Überlegenheitskultur und nicht zuletzt für die neoliberale Forderung nach Beschränkung der parlamentarischen Demokratie, der ein starker Staat und eine machtvolle Elite gegenübergestellt wird. Das Kalkül, in der Entwicklung zum autoritären Wettbewerbsstaat politischen Boden zu gewinnen und den neoliberalen Angriff auf den Wohlfahrtsstaat für die eigene Formierung zu nutzen, wird besonders deutlich an der Politik der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) in den neunziger Jahren und dem Bündnis der Rechten in Italien.¹² Auch in Deutschland versuchten die *Republikaner*, der *Bund Freier Bürger* (BFB), eine nationalliberale Strömung innerhalb und außerhalb der FDP sowie wesentliche Teile der „Neuen Rechten“ sich als besonders kompromisslose Vorreiter neoliberaler Politik zu etablieren, wenngleich mit weniger Erfolg als in Österreich oder Italien. Anders als dort gelang es diesen Kräften in Deutschland nicht, die in der Bevölkerung vorhandene Unzufriedenheit über die wirtschaftlichen und sozialen Zustände für ein autoritär-liberales Konzept zu mobilisieren. Die neoliberale Mobilisierung von Rechtsaußen hat insofern (zumindest bisher) keine soziale Basis als Wahlpartei oder politische Bewegung hervorgebracht, verfügt wohl aber über ein breites, vorwiegend publizistisches Netzwerk mit teilweise akademischem Anspruch, das bis in anerkannte gesellschaftliche Kreise reicht.¹³

Das zweite, gegenwärtig in der Öffentlichkeit mehr beachtete Spektrum der extremen Rechten versucht sich direkt in Anlehnung an die NSDAP der späten zwanziger Jahre als antikapitalistische Kraft von rechts zu positionieren. Dazu zählen im weitesten Sinne NPD, DVU und eine Vielzahl kleinerer faschistischer Gruppierungen, vor allem aber das Spektrum der *Freien Kameradschaften*, die mit einem aktionsorientierten Konzept sozialer Bewegung an einer schrittweisen regionalen Verankerung vor allem in proletarischen Milieus arbeiten. Hier wird mit populistischen Mitteln, faschistischer Symbolik und mit völkischen Tönen gegen Globalisierung und Neoliberalismus gewettert und als Alternative mal - wie in den „Kampfzeiten“ der NSDAP - ein nationaler Sozialismus propagiert, ein anderes Mal die „sozialstaatliche Erneuerung“ Deutschlands eingefordert.¹⁴ Dabei bleiben bei genauerer

11 Hans-Georg Betz, Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt 2001, S. 167-185, hier S. 168.

12 Gemeint ist das Bündnis aus Forza Italia (FI), der Lega Nord und der Alleanza Nazionale (AN), das die italienischen Parlamentswahlen im Mai 2001 gewonnen hat. Vgl. hierzu Christian Christen, *Italiens Modernisierung von Rechts - Berlusconi, Bossi, Fini oder die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates*, Berlin 2001.

13 Entsprechende Diskussionen werden vor allem in der *Jungen Freiheit* und in der Zeitschrift *Criticon* geführt. Neben der Parteigängern der extremen Rechten publizieren hier auch regelmäßig in den Wirtschaftswissenschaften angesehene Vertreter der ökonomischen Rechten wie etwa Roland Baader, Mitglied des ältesten und wohl einflussreichsten Think Tank des internationalen Neoliberalismus, der *Mont Pèlerin Society*.

14 So lautet die Hauptparole im zentralen Aufruf des Parteivorstandes der NPD zu den 1. Mai-Aufmärschen 2001 in Berlin, Dresden, Mannheim, Essen und Augsburg: „Gegen die kapitalistische Globalisierung - für eine sozialstaatliche Erneuerung! (...) Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre!“ Die Sozialismus-Propaganda wird dagegen überwiegend im Gebiet der ehemaligen DDR eingesetzt bzw. von den Kadern der Freien Kameradschaften ausgegeben.

Betrachtung des programmatischen Kerns - auch das ist typisch für die Nähe zur NSDAP - alle wesentlichen Prämissen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht nur unangetastet, sondern werden zu einem Modell einer Wirtschafts- und Sozialordnung zugespitzt, in der die Arbeitnehmer vollends entrechtet und die Unternehmer zu unbeschränkten Herrschern der Betriebe ernannt würden. So greift dieses Spektrum der extremen Rechten auf weitere klassische NS-Ideologeme zurück: das Prinzip von Führer und Gefolgschaft im Unternehmen, also die Betriebsgemeinschaft in der wirtschaftlichen Einheit als ergänzendes Gegenstück zur Volksgemeinschaft; die Propaganda von Autarkie und Raumwirtschaft, das die NPD in ihrem Konzept einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ ebenso fortsetzt wie die antisemitische These von der Weltverschwörung durch das „raffende Finanzkapital“, das sie vom ordentlichen „schaffenden Kapital“ unterschieden wissen will.

Ob diese oder jene Richtung - für die extreme Rechte dient das ökonomische Feld ausschließlich zur Formierung einer sozialen Basis; es ist Instrument der politischen Mobilisierung, in der die Programmatik je nach Interessenlage und nach Nutzen, ja fast beliebig ausgetauscht werden kann. In diesem Sinne verfügt die extreme Rechte weder über eine originäre Konzeption noch über tatsächliche Lösungsansätze für vorhandene wirtschaftliche oder soziale Probleme in der kapitalistischen Gesellschaft. Im Gegenteil: Die extreme Rechte reproduziert sich aus den Mechanismen der globalisierten Marktwirtschaft und sie baut darauf, von deren zersetzenden gesellschaftlichen Wirkungen politisch zu profitieren.

Eine doppelte Herausforderung für die gewerkschaftliche Politik

Offensichtlich sind unter diesen Bedingungen die Chancen der extremen Rechten für eine neue Formierung nicht schlecht. Nicht zuletzt deshalb ist die Thematisierung der sozialen Frage zum zentralen Politikfeld der extremen Rechten geworden. Entscheidend in Bezug auf die politische Wirkung der extremen Rechten ist aber weniger die Plausibilität ihrer Argumente oder die Stichhaltigkeit der programmatischen Aussagen als vielmehr die Frage, ob und wieweit es diesen Kräften gelingt, tatsächlich vorhandene Unzufriedenheit und Ängste in autoritäre, nationalistische, sozialdarwinistische oder chauvinistische Richtungen zu lenken. Dabei geht es nicht allein um die „Modernisierungsverlierer“, also diejenigen, die im internationalen Standortwettbewerb aus der Verwertung herausgefallen sind oder aber in ihrem beruflichen Status entwertet wurden. Die immer wieder angeführte Korrelation aus sozialem Abstieg und Anfälligkeiten gegenüber rassistischen und rechtsextremen Einstellungen greift wesentlich zu kurz. Eine potenziell empfängliche Zielgruppe sind auch diejenigen, deren ökonomischer und sozialer Status im Zuge der entgrenzten Konkurrenz faktisch oder vermeintlich bedroht ist, die also Angst vor einem möglichen Abstieg haben. Schließlich bietet extrem rechtes Gedankengut auch jenen „Gewinnern“ ein Angebot, die ihren überdurchschnittlichen Wohlstand mit einer verabsolutierten Leistungsideologie rechtfertigen und einen sozialstaatlichen Ausgleich ablehnen.¹⁵ Wo Unsicherheit und Ungleichheit der Motor von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ist, werden die Grenzen zwischen Verlierern und Gewinnern fließend und rufen ein gesteigertes Bedürfnis nach

15 Das zeigt sich deutlich bei der FPÖ, die gleichermaßen Modernisierungsgewinner wie -verlierer anspricht. Beim italienischen Rechtsbündnis wurden sogar interessenpolitische Gegensätze zusammengeführt: Die Lega Nord, die in der Vergangenheit eine Abspaltung des reichen Nordens von der Republik forderte, paktiert nun mit der AN, die sich als Interessenvertreterin des armen Südens präsentiert.

garantierter Sicherheit hervor. Es ist dieses Bedürfnis, die „Sehnsucht nach der alten Republik“,¹⁶ das die extreme Rechte aufgreift und zu bedienen versucht.

Die Gewerkschaften als klassische Schutzorganisation der Beschäftigten stehen also vor einer doppelten Aufgabe: Sie müssen sich einerseits gegen das neoliberale Paradigma behaupten, das nicht nur die Bedingungen für kollektives, gewerkschaftspolitisches Handeln in Betrieb und Gesellschaft erschwert, sondern letztlich die Existenzberechtigung kampffähiger Gewerkschaften als solche in Frage stellt.¹⁷ Zum zweiten brauchen die Gewerkschaften eine wirksame Strategie gegen die extreme Rechte, um einer möglichen Zersetzung von innen entgegenzuwirken und zugleich deren Entwicklung zu einer einflussreichen politischen Kraft zu verhindern, die zweifelsohne mit weiteren Attacken auf die Gewerkschaften verbunden wäre.¹⁸

Die Problematik des Zusammenwirkens dieser beiden Pole kann man beispielsweise an der Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union verdeutlichen, die sich in ähnlicher Weise auch in der Frage der Einwanderung nachzeichnen ließe. Im neoliberalen Diskurs geht es dabei um die zügige Integration der osteuropäischen Transformationsstaaten mit dem Ziel, die bestehenden sozialen und ökonomischen Ungleichgewichte zwischen Ost und West zur Induzierung von mehr marktwirtschaftlichem Wettbewerb, insbesondere auf den Arbeitsmärkten, zu nutzen. Mit Hilfe der „anonymen“ Marktkräfte wird versucht, weitere Deregulierung und die Absenkung des Lohnniveaus durchzusetzen. Indem die Gewerkschaften nun für eine politisch regulierte EU-Erweiterung eintreten, die eben nicht zu Lohn- und Sozialdumping führen soll, kommen sie in eine durchaus problematische Lage. Einerseits wird sogleich das Stigma des Unmodernen und Unzeitgemäßen durch den Vorwurf bemüht, die Gewerkschaften würden damit eine Politik der rückwärts gewandten Abschottung vertreten, bei der die osteuropäischen Volkswirtschaften ihre Entwicklungsmöglichkeiten nicht entfalten könnten. Andererseits wird die extreme Rechte - das ist bereits deutlich abzusehen - gegen die EU-Erweiterung mobilisieren und so die Angst vor der Billigkonkurrenz aus dem Osten schüren, die bereits jetzt in vielen Betrieben zu spüren ist.

Damit wird die Vielschichtigkeit des Konfliktes deutlich. Eine isolierte Betrachtung der extremen Rechten als gesellschaftliches Randphänomen ewig Gestriger macht wenig Sinn und wird dem Problem nicht gerecht. Rechtsextremismus ist für die Gewerkschaften eine existenzielle Herausforderung der Gegenwart und ist Bestandteil der aktuellen sozialen und ökonomischen Konflikte im neoliberalen Zeitalter.

Vom „Beschluss-Antifaschismus“ zur gelebten Alltagskultur gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Angesichts der hier skizzierten Situation sollte es eine vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften sein, ein strategisches Konzept gegen Rechtsextremismus zu entwickeln - ein Konzept, das die organisierte extreme Rechte ebenso bekämpft wie das Eindringen rechtsextremer Ideologeme in die gewerkschaftliche Mitgliedschaft und dabei den sozioökono-

16 Dörre, Sehnsucht, S. 183 f.

17 Im neoliberalen Diskurs werden Gewerkschaften als Monopole oder Kartelle definiert, die es zur Belebung des Wettbewerbs (am Arbeitsmarkt) zu beseitigen gelte.

18 Erinnerung sei hier an die jüngsten Angriffe auf Gewerkschaftsfunktionäre in Elmshorn und Salzgitter. Die Publikationen der extremen Rechten jedweder Couleur zeugen zudem von einer zutiefst feindlichen Haltung gegenüber den Gewerkschaften.

mischen Kontext mitdenkt. Diese Aufgabe wird - wie die Bundesvertrauensleutekonferenz der IG Metall im November 2000 zutreffend hervorgehoben hat - nicht durch die Delegation an die Ausschuss- und Arbeitsebenen Jugend, Bildung oder Ausländer erledigt; vielmehr muss die Entwicklung und Stärkung einer gelebten antirassistischen Alltagskultur zu einer zentralen Aufgabe aller Organisationsebenen der Einzelgewerkschaften und des DGB werden.

Wird der Blick nicht so sehr auf die martialischen Auftritte von Teilen der extremen Rechten gerichtet, die mit ihren Aufmärschen unmittelbar an die NSDAP-Propaganda anknüpfen, sondern auf das gesamte Phänomen des Rassismus und extrem rechter Einstellungs- und Handlungsmuster, so wird deutlich, dass kurzfristige Kampagnenpolitiken fehlgehen. Weil die entsprechenden Ideologeme weit verbreitet, vor allem tief verwurzelt sind und sich Mentalitäten ohnehin nur in langer Frist ändern, bedarf es einer langfristigen Perspektive und der strategischen Ausrichtung des gewerkschaftlichen Handelns in diesem Politikfeld, das gleichermaßen auf der gesellschafts- wie auf der betriebspolitischen Ebene wirken müsste.

Um dieser Herausforderung gerecht werden zu können, ist die Entwicklung vielschichtiger Handlungsansätze notwendig. Neben dem möglichen Einsatz arbeitsrechtlicher Mittel gegen rechtsextreme Aktivitäten im Betrieb gehört hierzu an hervorgehobener Stelle, dass rassistische, nationalistische, chauvinistische und antidemokratische Einstellungen auch im betrieblichen Alltag thematisiert werden. Das weit verbreitete Wegschauen und Bagatellisieren führt letztlich nur dazu, dass die Sympathien für die extreme Rechte im Verborgenen gedeihen. Deshalb müssen diese Konflikte ausgetragen werden, auch dann, wenn es kurzfristig der betrieblichen Stimmung schadet oder Mitgliederverluste befürchtet werden.

Wer die betriebliche Praxis kennt, weiß um die Anstrengung und die Probleme einer Umsetzung und in der Tat „dürfte (dies) das Schwierigste sein, was es zu händeln gibt.“¹⁹ Deshalb wäre eine Vorbereitung und Hilfestellung, bei der die betrieblichen Multiplikatoren auf diese Auseinandersetzung eingestellt werden, unabdingbar. Dörre hat zu diesem Zweck bereits 1993 „Foren der „Selbstreflexion“²⁰ vorgeschlagen, in denen eine offene Diskussion über die bestehenden Widersprüche und Ängste im Rahmen des gewerkschaftlichen Handelns, gerade auf der Ebene der Betriebe, möglich sein sollte. Diese Offenheit ist eine wesentliche Voraussetzung, um aus dem „Beschluss-Antifaschismus“ der Gewerkschaftstage tatsächlich eine gelebte Alltagspraxis werden zu lassen. Erst auf dieser Basis könnte es gelingen, rassistische und rechtsextreme Einstellungen bearbeitbar zu machen und ihnen mittels der Entwicklung und Einübung von Diskursen und Argumenten den Boden zu entziehen. Allerdings kommen auch derartige Foren ohne Grenzziehungen, insbesondere gegenüber organisierten Kadern der extremen Rechten, nicht aus. Sie erfüllen jedoch ihre Aufgabe nur auf der Grundlage arbeitsfähiger Strukturen, die fachkompetenter Unterstützung von außen sicher sein können und ihre Arbeit kritisch reflektieren.

Solche Foren der Selbstreflexion sind eine notwendige Ergänzung zu Betriebsvereinbarungen, wie sie in einigen Unternehmen - oft aus der Sicht umfassenderer Antidiskriminierungsperspektiven²¹ - bereits existieren. Diese haben ihren Wert darin, dass sie die Sankti-

19 Ursula Birsl, Zwischen Anpassung und Integration. Interkulturalität im Betrieb, in: Der Rechte Rand, Heft 70, Mai/Juni 2001, S. 7.

20 Dörre, Sehnsucht, S. 190.

21 Vgl. beispielsweise die VW-Betriebsvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“, die neben sexueller Belästigung auch andere Formen der Diskriminierung berücksichtigt und Handlungsvorschläge für verschiedene betriebliche Akteure vorstellt.

onierung extremer und offensichtlicher Formen von Diskriminierung erleichtern. Werden sie jedoch als hinreichendes Instrument für eine Auseinandersetzung missverstanden, so bleiben die wichtigen und wirkungsmächtigen Mechanismen der alltäglichen Formen von Diskriminierung unberücksichtigt. Letztgenannte bewusst zu machen, diskriminierende Strukturen aufzubrechen und auf eine umfassende Gleichstellung zu orientieren, bedeutet auch, die bereits jetzt in den Betrieben und Verwaltungen bestehende Situation akzeptierter sozialer Ungleichheit zwischen Deutschen und „Ausländern“ offensiv in Frage zu stellen. Denn seit nun mehreren Jahrzehnten sind Migranten bestimmte Qualifikationen, Branchen und Berufe verschlossen; stattdessen wurden sie auf jene Tätigkeiten verwiesen, die durch „geringe Anlernzeiten und -kosten, geringe Anforderungen an sprachliche Kompetenzen, geringe Ansprüche an dispositive, planende, kontrollierende, interaktive Fähigkeiten, hohe Austauschbarkeit und Ersetzbarkeit, körperliche Belastbarkeit, Unterordnungsbereitschaft“²² charakterisiert sind.

Noch immer existiert also eine Vielzahl beträchtlicher struktureller Diskriminierungen im betrieblichen Alltag, die zu weiterer Abwertung und Ausgrenzung einladen. Genau hier knüpft die extreme Rechte an, indem sie die soziale Frage mit einer völkisch-nationalen Präferenz verbindet, dies in die plakativen Parolen wie „Deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche“ (NPD/DVU) giesst und somit auf den vollständigen Ausschluss von Migranten und Flüchtlingen aus den sozialen Sicherungssystemen zielt. Dagegen muss es den Gewerkschaften darum gehen, die soziale Frage mit der Demokratiefrage zu verbinden, d.h. die bestehenden rechtlichen und alltäglichen Diskriminierungen zu beseitigen, die als Einfallstore für die Demagogie der extremen Rechten taugen.

Bisher gibt es wenige Betriebsvereinbarungen, die mit einer gezielten Personalpolitik zum Abbau betrieblicher Diskriminierung beitragen wollen.²³ Der Bearbeitung dieses Aspekts könnte die Einrichtung betrieblicher Antidiskriminierungsausschüsse dienlich sein, die sich - mit Möglichkeiten vergleichbar denen der Personalausschüsse - mit allen Erscheinungen offener, subtiler und struktureller Diskriminierung befassen. Zu den ersten Aufgaben eines solchen Antidiskriminierungsausschusses würde es gehören, den betrieblichen Ist-Zustand zu erfassen, d.h. Daten über die Verteilung von Entgelten, Qualifikation, Hierachiestufen etc. bei Deutschen und „Ausländern“ zu erheben und so die Voraussetzungen für eine Diskriminierung abbauende Personalpolitik zu verbessern. Damit dieser Ansatz nicht zu Lasten der Arbeit der betrieblichen Frauenausschüsse geht, ist eine politische Abstimmung hier besonders wichtig. Alternativ wäre auch die Integration der hier skizzierten Vorschläge in die Arbeit bereits bestehender Ausschüsse denkbar. Auch die Erhöhung des Anteils der Migranten in Betriebs- und Personalratsfunktionen wäre ein politisch wichtiges Signal; mit Blick auf die bereits fortgeschrittenen Vorbereitungen zu den nächsten Betriebsratswahlen müsste zumindest nach Möglichkeiten gesucht werden, ihre Präsenz auf aussichtsreichen Listenplätzen zu verbessern.

Neben dem originären Feld der Betriebspolitik ist zweifelsohne die Bildungsarbeit ein herausragendes Instrument in einer gewerkschaftlichen Strategie gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Sie sollte allerdings nicht darauf beschränkt sein, das klassische Bildungsangebot der Gewerkschaften um spezifische Themenseminare zu erweitern, so wich-

22 Thomas von Freyberg, Ausländerfeindlichkeit am Arbeitsplatz. Zur Untersuchung ethnischer Konflikte zwischen deutschen und ausländischen Beschäftigten, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Frankfurt/New York 1994, S. 129-166, hier S. 155.

23 Vgl. Beate Brüggemann/Rainer Riehle, Alltägliche Fremdenfeindlichkeit im Betrieb und gewerkschaftliche Politik, Berlin/Freiburg 2000, S. 35 ff.

tig einzelne Spezialseminare auch sein können, um fachkundige Multiplikatoren auszubilden. Soll eine breite Debatte um die Ursachen rassistischer und rechtsextremer Einstellungen und die Möglichkeiten der Gegenwehr geführt werden, braucht es eine Integration dieser Inhalte auf allen Ebenen der Bildungsarbeit, d.h. eine sinnvolle Thematisierung in den Grundlagen- wie in den Fachseminaren. Ansätze - vor allem für eine antirassistische Bildungsarbeit - sind längst entwickelt, kommen aber noch nicht in ausreichendem Maße zum Einsatz.²⁴

In der außerbetrieblichen Bildungsarbeit müsste der Blick zugleich mehr auf die gesellschaftlichen Bereiche gelegt werden, in denen die Gewerkschaften Gestaltungsmacht eingebüßt haben und nicht zuletzt deshalb Gefahr laufen, weiteren politischen Einfluss in Betrieb und Gesellschaft zu verlieren und mit reaktionären Gegenbewegungen konfrontiert zu werden. Die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft gewerkschaftlicher Politik fängt da an, wo das eigene Handeln und die eigenen Positionen selbstkritisch reflektiert werden. Notwendig wäre dies etwa in der Debatte um den „Standort Deutschland“, in der auch von gewerkschaftlicher Seite eine Vielzahl unbewiesener ökonomischer Sachzwänge reproduziert werden, ohne politische Alternativen überhaupt noch zu denken. Das wiegt umso schwerer als gerade durch die Fokussierung auf die permanente Verbesserung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit die Entwicklung zu einem „Standortnationalismus“ gefördert wird, „der darauf abstellt, dass Deutschland als ökonomische Macht und politisches Subjekt wieder Weltgeschichte schreiben kann, wenn es als Unternehmen begriffen, nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen geführt und mit den modernsten Managementtechniken betrieben wird.“²⁵ Der „Standortnationalismus“ fordert in diesem Sinne chauvinistisches Denken geradezu heraus und bedient sich zudem systematisch der Angst vor dem Fremden.

Die Auseinandersetzung mit rassistischen und extrem rechten Einstellungen muss also in unmittelbarem Zusammenhang mit den aktuell diskutierten wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen und Problemen geführt werden. Zum Beispiel, wenn es um die unreflektierte Rolle Deutschlands als „Exportweltmeister“ geht, die allzu oft die wirtschaftspolitischen Folgen der importierenden Länder außer Acht lässt und an die Stelle der Diskussion um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung das Bild einer „Schlacht um den Weltmarkt“ setzt; oder in der aktuellen Einwanderungsdebatte, deren scheinheiliger Humanismus von unerträglichen utilitaristischen Denkmustern überlagert ist. Zudem fehlt es an einer Diskussion um die Verteilungskonflikte der Gegenwart und ihre politischen Implikationen. So ist die Umdeutung des Verteilungskampfes zwischen „oben“ und „unten“ in einen Kampf zwischen Nationen und Kulturen ein direktes Einfallstor für extrem rechte Ideologeme. Hier braucht es von gewerkschaftlicher Seite „eine überzeugende, an Gerechtigkeitsprinzipien orientierte Antwort auf den neuen, mehrdimensionalen Verteilungskonflikt.“²⁶ Die Rückeroberung von Politikfähigkeit und Gestaltungsmacht ist insofern eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

24 Vgl. z.B. Petra Wlecklik, Zum Umgang mit Rassismus, in: Forum Bildung. Infodienst und Diskussionsplattform zur Bildungsarbeit der IG Metall, Nr. 2 (11-1998), S. 20-24; DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit, Erfurt 1998; HBV/IGM (Hrsg.), Unterschiede wahrnehmen – Gemeinsamkeiten stärken. Arbeitshilfe für die gewerkschaftliche Arbeit zu den Themen Diskriminierung, Rassismus, interkulturelle Gleichstellungspolitik, Düsseldorf 2000.

25 Christoph Butterwegge, Standortnationalismus - eine Herausforderung für die politische Jugendbildung, in: deutsche jugend 11/1998, S. 469-477, S. 470.

26 Dörre, Sehnsucht, S. 189.